

Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu bezahlen. Preise vierteljährlich Mr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postabzug bitte vor 4 Uhr a. M. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespalteene Zeitzelle oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungskonzessionen nur 10 Pf., anständige Anzeigen 20 Pf. Anzeige für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 82.

Sonnabend, den 8. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die wahren Terroristen.

H. E. Zum so und so vielseitem Male ist das Er scheinen der Buchhausvorlage in nahe Aussicht gestellt. Gleich noch dem Wiederzusammentritt des Reichstages, so heißt es, soll sie an diesen gelangen, damit sie noch in diesem Jahre fertiggestellt und der angebliche Terrorismus der Arbeiter mit derselben bekämpft werden kann. So verkünden wenigstens die Organe der „Scharfmacher“, die dabei wiederum behaupten, daß es einen Terrorismus keinerlei nicht bei den Kraut- und Schlotjunkern, Großprochen und Dividendenjägern, sondern nur ganz allein bei den Arbeitern giebt.

Ob die Vorlage kommt und wann, das erscheint noch unsicher. Sie ist schon lange angekündigt und ist doch noch nicht da, obwohl die Stumm und Geuosen nach ihr schreien, wie der Hirsch nach frischem Wasser. Das bedeutet unzweifelhaft, daß in der Regierung selbst ernsthafte Differenzen im Bezug auf diese Vorlage bestehen, Differenzen, die sich bei der Behandlung im Bundesrathe noch verschärfen müssen. Möglicherweise stolpern noch einige Minister über diese Vorlage und kommen dabei zu Fall; möglicherweise bleibt aber auch die ganze Sache in der Beratung stecken. Bedenkt hat man mehr Schwierigkeiten dabei gefunden, als man Anfangs geglaubt hat.

Im Reichstage sind die Aussichten für die Buchhausvorlage offenbar sehr ungünstig. Nur die Kon servativen treten unbedingt für dieselbe ein; die National liberalen sind schwankend. Das Zentrum, welches auch in dieser Sache die Entscheidung in der Hand hat, wird eine Buchhausvorlage nach den Wünschen der Scharfmacher unbedingt verworfen müssen. Hwar befinden sich auch im Zentrum Schlotjunker genug, und sie sind nicht weniger brutal als die anderen, und das haben namentlich die oberschlesischen Industriearbeiter nach den letzten Wahlen bitter erfahren müssen. Aber das Zentrum ist zu einem guten Theil auf die Industriearbeiter ausgewiesen. Die in Junglings- und Gesellenvereinen organisierten Arbeiter, die sich noch nicht zum Klassenbewußtsein durchgerungen haben, werden zwar von Pfäfflein und „Heckaplänen“ immer noch gegängelt. Aber man mag ihnen Heiligengeschichten und Legenden erzählen so viel man will — auch diese Arbeiter werden vom Zentrum kategorisch verlangen, daß es die Buchhausvorlage rüdweg ablehnt. Und das Zentrum wird auch nicht anders können, wenn es sich die Stimmen dieser Arbeiter erhalten will.

Die Staatsmänner à la Lieber werden den Versuch machen, die Regierung mit einem abgeschwächten Gesetz zufrieden zu stellen. Die Scharfmacher sehen es so kommen und ihre Organe fahren heute schon grimmig dagegen los. Wenn der Reichstag das Gesetz nicht so annimmt, wie es ihm vorgelegt wird, dann muß er aufgelöst werden, hält es aus den Scharfmacherblättern.

Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird, und wenn dann etwa die preußische Regierung den Antrag auf Auflösung des Reichstages an den Bundesrat bringt, so wird dieser es sich wohl drei Mal überlegen, ehe er zustimmt. Die Mehrheit der Stimmen im Bundesrat beträgt bekanntlich 58; davon hat Preußen 17. Früher bildeten die preußischen Stimmen zusammen mit denen der norddeutschen und der meisten mitteldutschen Kleinstaaten eine sichere Mehrheit. Aber im Laufe der Zeit hat sich das Verhältniß der Einzelstaaten zu einander nicht gefestigt, sondern eher etwas gelockert und die „Reichsverbrauchheit“ hat sich nicht nur im Volke, sondern auch in „höheren Regionen“ gezeigt. Das sind die natürlichen Wirkungen des Auftretens der ostelbischen Junker, die das ganze Reich gern in einen großen Gütsbezirk verwandeln und bis an die Grenze der Möglichkeit für sich ausschöpfen möchten. Auch Di enigen, die mit gleichen Füßen in die Bismarck'sche „Herrlichkeit“ hinein gesprungen sind, haben damals nicht entfernt daran gedacht, daß die Dinge eine solche Wendung nehmen und das Reich zu einem Ausbentungsbjekt für die gierige ostelbische Junkergesellschaft werden könnte. Wenn schon in Preußen selbst alle nicht reaktionären Elementen den Kampf gegen den Terrorismus des Junkerthums aufgenommen haben — muß in den andern Staaten die Erbitterung über die Anmaßungen dieser rückständigen

Klasse nicht um so größer sein? Sehen, daß es so ist, sind täglich zu bemerken.

Und wenn der Bundesrat doch der Auflösung des Reichstages zustimmt, wie würde sich dann der Wahlkampf gestalten? Die Buchhausvorlage wäre dann das Banner der Regierung. Mit ihr würde sie in den Wahlkampf ziehen. Eine großartige Niederlage wäre ihr sicher, und was dann?

Ja, was dann? Das Unbestimmte, Ungewisse, was dann kommt, ist es, was die Scharfmacher antreibt, so schriftig eine Auflösung des Reichstages zu verlangen. Die Zukunft erscheint dunkel und trüb und im Trüben wollen sie fischen. Sie hoffen, daß der Reichstag dann in einen unlösbaren Konflikt mit der Regierung gerät und daß der bekannte „schneidige General“ auf die Bühne erscheint, der, um in der Junktiersprache zu reden, den gordischen Knoten mit dem Schwerte zerhaut. Kurz, als Ende des Konfliktes denken sich die Herren die Befestigung des allgemeinen Wahlrechtes auf irgend einem Wege, der heute noch nicht klar ist.

Wenn man die schneidenden Junker hört, so scheint es, als glaubten sie, die Vorsehung habe diesen Gang der Dinge bereits vorgezeichnet. Diese Herren erlauben sich in der brutalsten Weise Alles anzuschmarchen, was nicht in ihr Nachwächterhorn läßt, und leider gibt es in Deutschland viele gutmütige Leute, die sich das gefallen lassen. Die Sozialdemokratie läßt es sich nicht gefallen und darum ist sie auch bei den Junkern die bestgeholtte Partei. Aber wenn sonach der Terrorismus, von dem so viel die Rede ist, gerade beim Junkerthum sich am widerwärtigsten äußert, so kann man andererseits nicht verkennen, daß bei dem Junkerthum trotz des angeblich „schneidigen“ Auftretens ein gutes Stück Donquixoterie vorhanden ist. Viele dieser blau blütigen Gesellen haben sich nur eine Löwenhaut übergehängt; was darunter brüllt, reizt mehr zum Lachen, als daß es Furcht erregt. Wir sind überzeugt, daß diese Klasse, wenn das deutsche Volk sich einmal einmütig gegen ihr Treiben lehrt und sich entslossen zeigt, denselben ein Ende zu machen, dann furchtlos zurückweicht, wie sie bei allen historischen Anlässen der Neuzeit gehandelt. Im Mittelalter war diese Klasse wild und kräftig; in unserer Zeit ist sie im Verfall begriffen. Sie spekuliert mit Glück auf das Phlegma und die Gutmütigkeit der Masse. Aber diese Dinge haben auch ihre Grenzen. Wenn der junkerliche Terrorismus so weiter getrieben wird, dann bringt er es hoffentlich dahin, daß sich die überwältigende Mehrheit des Deutschen Volkes gegen denselben zusammenstellt, und dann ist es aus mit der politischen Macht dieser Gruppe.

Darum wird unseres Erachtens auch nicht die Entwicklung der Dinge den Gang nehmen, den die Junker so brutal ankündigen. Es wird ihnen hoffentlich nicht gelingen, Deutschland in unabsehbare innere Wirren und Konflikte zu stürzen.

Und wenn doch — nun, dann hat es das deutsche Volk selbst verschuldet. Aber wir glauben noch nicht daran.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Buchhausvorlage machen sich in Südbaden Stimmungen kund, die unsern Scharfmachern und auch der Regierung zu denken geben sollten. In der am Dienstag in Kürberg abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins der bürgerlichen Konserватiven kam es im Anschluß an einen Vortrag des Pfarrers Steinlein über die Sozialdemokratie zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die Zweckmäßigkeit eines Annahmegerichtes gegen die Sozialdemokratie. Die Mehrzahl der Redner vertonte die Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes und erklärte sich auch entschieden gegen den Erlass eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitsswilligen. Ferner erklärte die Landesversammlung der evangelischen Arbeitervereine Württembergs, die in den Osterfeiertagen stattfand, daß sie zwar jeden Terrorismus von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern entschieden verurtheile, daß sie aber die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs, besonders im § 153, für vollständig genug und bei gleichmäßiger Anwendung nach beiden Seiten für angemessen halte. In einer Ver-

stärkung derselben oder einem eigens hierzu bestimmten neuen Gesetz sei eine bedenkliche Bedrohung der freiheitlichen Rechte der Arbeiter und eine Gefahr für unser Volkselement zu erblicken.

Der Bankrott des Liberalismus wird jetzt von den nationalliberalen Organen anerkannt und beklagt. In der Halbmonatsschrift „Deutsche Stimmen“ veröffentlicht Prof. Theobald Biegler eine Aufschrift, welche von der nationalliberalen „Kölner Blatt“ nebst einer Zustimmung abgedruckt wird. In Folge des Falles Schell brechen die liberalen Organe in folgende Klagen aus:

„So sehr uns Schell persönlich und menschlich interessirt und aufer Theilnahme wachrust, so ist doch Zwecksetzung seinem Maße weit über dieses Persönliche hinaus von Wichtigkeit: einmal die Wahrnehmung, daß der Widerstand des deutschen Geistes gegen das Romische in der katholischen Kirche immer knappzähniger, immer schwächer und aussichtsloser wird. Auf der ganzen Linie ist im Laufe des 19. Jahrhunderts der Jesuitismus und Ultramontanismus Sieger geblieben, der berechtigte Anspruch der Deutschen, ihre freieren und feineren, mehr auf's Innere und Tiefer gerichteten Anschauungen innerhalb des Katholizismus geltend zu machen, sind zurückgewiesen und — was denkt an Hermann, an Günther, an den Ultramontanismus — zum Theil mit Gewalt niedergeschlagen worden. Das ist für die katholische Religion und Kirche selbst ein schwerer Anfall und eine empfindliche Einschläge; es ist aber auch politisch gefährlich für uns in Deutschland, wo das Katholische immer mehr Triumph wird, wenn dieses Katholische anhält, ein Deutsches zu sein. Das Andere, was aus der Fall Schell nahelegt, ist ein Spezielles. Schell ist ein deutscher Universitätprofessor. In Deutschland gilt, wenn auch nicht überall in derselben verhältnismäßig bestätigter Weise wie in Preußen, daß die Wissenschaft und ihre Freiheit frei sei; darauf beruht der Wert und die Geltung der deutschen Wissenschaft und der deutschen Universitäten nach innen wie nach außen.“

Ob es den Herren niemals einfällt, darüber nachzudenken, woher es kommt, daß ein deutscher Professor sich ducken muß und ein demokratischer Pfarrer wie Daens in Belgien dem Clerus kühn die Stirn bieten und den Kampf wagen kann? Wohl steht in der preußischen Verfassung der folgende Satz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“; aber die Professoren sind Beamte und deshalb der Disziplinarwacht der Staatsregierung unterstellt. In der Furcht vor der Revolution hat der Liberalismus der Reaktion überall die Hand geboten zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung. So sind die Hochschulen Pflanzstätten des Servilismus und Byzantinismus geworden. Der Mensch, dem es untersagt ist, die Mängel der Staats- und Gesellschaftsordnung bloß zu legen, wird auch nie ein Kämpfer gegen die Plackerei und den Ultramontanismus sein. Der Jammer, daß der Ultramontanismus Sieger geblieben ist, kann uns höchstens ein mitleidiges Lächeln entlocken. Der Liberalismus besiegt seine Impotenz, indem er sagt, daß er in dem Kulturmampf unterlegen ist. Der Kulturmampf war die sogenannte Phrase, mit welcher der Junker Bismarck die deutschen Bürgerväter hinter's Licht zu führen wußte. Da die deutsche Bourgeoisie auf politischem Gebiete dem Junkerthum die Herrschaft ließ, mußte sie sich sagen, daß sie überhaupt nicht Herrscherin werden könne. So folgen Niederlagen auf Niederlagen. Freilich wird es keinen endgültigen Sieg der Reaktion geben. Die Menschheit wird forschreiten, aber erst das siegende Proletariat wird die Finsternisse überwinden, die jetzt als Sieger über das molluskenhafte Wesen der Bourgeoisie triumphiren.

Eine verkrachte Gründung. Über die Gründung der „Industria“-Versicherungs-Gesellschaft haben wir s. B. berichtet und die Sitzungen dieser famosen Gründung des Bundes der Industriellen mitgeteilt. Auf 5000 Aktien à 1000 Mk. gegründet, war ihr Zweck „die Gewährung von Versicherungen gegen Verluste, welche durch Arbeitstreiber dem Betriebsunternehmer zugefügt warden“. Sie sollte denjenigen Schaden erlegen, den der Versicherte durch einen Streik erlitt und zwar auf die Dauer von 4 Monaten. In der neuesten kapitalistischen Ära hat man sich nun über eine solche Gründung nicht besonders gewundert. Verwunderung erregte es dagegen, daß schon dreiviertel Jahre nach der Gründung, am 7. Juli v. J., das Gründungskomitee die Auflösung der Gesellschaft beschloß. Warum? Das erfuhr die Öffentlichkeit nicht. Die Gründe werden nun dargelegt in dem der Generalversammlung des Bundes der Industriellen für das Geschäftsjahr 1897/98 vorgelegten Jahresbericht, der kürzlich im Druck erschienen ist. Sie sind echt kapitalistischer Art. Erfaz der Verluste durch Streiks wäre wohl allen Unternehmern angenehm gewesen, aber kosten wollten sie es sich nichts lassen; namentlich

die größten, die am meisten hätten zahlen müssen, wollten nicht aufheben. Es heißt darüber in dem Bericht, daß das Gründungskomitee sehr bald eingesehen habe, daß man sich in dem Interesse des Solidaritätsgefühls der Arbeitgeber unter einander getäuscht habe. Es wurden Nischen gemacht, persönlich bei den Fabrikanten angelockt, aber man empfing nur Ausdrücke der Sympathie, aber keine thatkräftige Mitwirkung und Unterstützung. Aus dem Bericht erfahren wir übrigens auch die interessante Thatsache, daß die Königlich preußische Regierung bei dieser Gründung die Hand im Spiele hatte. Daher kann es auch nicht verwundern, wenn in dem heute bei uns so beliebten Euphemismus das Unternehmen von seinen Vätern so bezeichnet wird, daß es dem „Schutz der Arbeitswilligen“ dienen sollte. Die braven Arbeitswilligen scheinen den Industriemagnaten aber doch nicht allzu viel werth zu sein; jedenfalls möchten sie es sich kein Geld kosten lassen; wohl in der sicherer Erwartung, daß sie ihr Ziel unter dem Buchhausbüro billiger erreichen könnten.

Sehr zutreffend bemerkte dazu der „Vorwärts“:

— die Großindustriellen empfehlen — nach dem Duxerrezept — die Selbsthilfe vor den Schwachen, für die sie Staatshilfe unmoralisch finden. Ihr sich selbst aber halten sie die Selbsthilfe unmoralisch — kostspielig und laufen lieber zum befriedeten Ministerium, um von der geistigeren Macht ihre Interessen fördern zu lassen, für sie ist Staatshilfe gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Geschäftsaufzehrung. Die Herren lassen sich ja aus ihrem Militär- und Wirtschaftspatriotismus wohltätig vor — anderen bezahlen. So ist es nicht verwunderlich, wenn sie die ihnen obliegende Aufgabe, die durch ihren eigenen sozialpolitischen einsichtslosen Egoismus entstandenen Schädigungen selbst auszugleichen, jetzt dem Staat antragen. Die Buchhausbürovorlage erzielt damit in der Leudek der Großindustriellen als eine staatliche Versicherung der Unternehmer gegen Streiks ab.

Gegen den Geschäftspatriotismus, der nochgerade in Deutschland widerliche Formen angenommen hat, muß sich das Präsidium des Deutschen Flottenvereins mit folgender Warnung wenden:

Bei dem Interesse, welches sich überall im deutschen Vaterlande für den Deutschen Flottenverein findet, (vielfach aus Geschäftspatriotismus!), kann es kaum Wunder nehmen, daß der Geschäftspatriotismus sich des guten Namens des Deutschen Flottenvereins bemächtigt hat. (Abal Red.) Das Präsidium des Deutschen Flottenvereins erlässt hierdurch ein für allemal, daß es keinem Privatunternehmen erlaubt werden darf, Art das Recht erhebt hat, unter Bezugnahme auf den Flottenverein geschäftliche Unternehmungen zu propagieren, und bittet die Mitglieder, jeden Versuch dieser Art zurückzuweisen und dem Präsidium zur Kenntnis zu bringen, damit es Strafanzeige gemacht werden kann.

Die demokratische Berliner „Volkszeitung“ bemerkte dazu sehr treffend: Ein Patriotismus, den man — verdientermaßen — mit dem Staatsanwalt zu Leibe gehen muß, ist jedenfalls eine habsüche Sorte von Vaterlands-Liebe. In Führden und in Nöthen zeigt erst ein Volk sich echt. Wie manche von denen, die sich jetzt patriotisch bis zum Überschwanke gebärden, werden versagen, wenn es auf eine ernste Probe kommt, während Tausende und Tausende von denen, die man heute als „Umfürzler“ und „Staatsfeinde“ regalirt, ihren Mann stehen werden! Was wir den Scharfmachern hierdurch in Erinnerung bringen wollen. Wenn in einem Zukunftskriege zwei Millionen sozialdemokratische Wähler nicht das Deutsche Reich heraustragen helfen würden, wo blieben da die Scharfmacher mit dem Heiligsten, was sie haben, mit ihrem Kapital?

Das kaudinische Joch, durch welches der Verband deutscher Post- und Telegraphenassistenten gehen soll, ist bereits fertig. Für den außerordentlichen Verbandstag des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten, welcher, wie mitgetheilt, auf Veranlassung des Staatssekretärs des Reichspostamts von Podbielski vom 5. bis 7. Mai in Berlin stattfindet, hat der Vorstand nach Vereinbarung mit dem Reichspostamt folgende Anträge gestellt:

Der § 3 der Satzungen erhält die Fassung: Der Verband hat den Zweck, unter seinen Mitgliedern allgemeine und Berufsbildung zu fördern, Vaterlands-Liebe, Geselligkeit und Kollegialität zu pflegen und durch Schaffung von Kassen und Unterstützungsseinrichtungen der unverschuldeten wirtschaftlichen Nothlage unter den Hinterbliebenen der Mitglieder, insbesondere der Vollwaisen, nach Kräften abzuhelfen. § 8 sieht als Beitrag für in Berlin beschäftigte Mitglieder jährlich 9 Mark, sonst 8 Mark fest. Jedem Verbandsmitgliede steht es frei, die Zugehörigkeit zu einem anerkannten Ortsverein abzulehnen oder aufzugeben. Als Zweck des Verbandes wird ferner die Ausdehnung der Wohlfahrtsseinrichtungen und die Pflege der „Kameradschaftlichkeit“ an Stelle der „Zusammengehörigkeit“ in dem Assistentenstande“ bezeichnet. Die Schriftleitung des Verbandsorgans liegt einem Redakteur ob. Vor der Herausgabe unterliegt die Zeitung der Censur des Verbandsvorstandes. Sämtliche Bezirks- und Ortszäsuren sind mit den neuen Festsetzungen in Einklang zu bringen. Von der Abhaltung des ordentlichen Verbandstages soll in diesem Jahr abgesehen werden. — Podbielski darf mit seinem Siege über den Vorstand des Verbandes zufrieden sein. Wir hoffen immer noch, daß der Verbandstag durch die Vereinbarung mit dem Staatssekretär einen Strich macht, weil sonst der Verband vollständig seinen Zweck verfehlt haben dürfte, wenn auch er durch das kaudinische Joch, das ihm der Postgeneral erteilt hat, tritt.

Die Flottenehrlästern sind schon wieder an der Arbeit, dem Volke begreiflich zu machen, daß die im vorigen Jahre vom Reichstage bewilligte Flottenaufstärkung noch lange nicht ausreichend sei. Sie malen die Gefahr eines Bombardements der deutschen Küsten aus. Die „Marinepolitische

Korrespondenz“ veröffentlicht ein Verzeichniß derjenigen Küstenorte, die einem feindlichen Bombardement oder einer Brandbeschädigung ausgesetzt sind, falls die deutsche Flotte „nicht stark genug ist, den Feind von unseren Küsten abzuhalten“. Die Korrespondenz schließt ihren Katalog mit folgender Aussführung:

„Es sind hier diejenigen Städte fara aufgeführt, welche unmittelbar an der Küste liegen oder von See aus vermittelst der modernen Schiffsgeschütze erreicht werden können, also in der einen oder anderen Form entweder einem Bombardement oder feindlicher Brandbeschädigung durch Landung, Kontributionsaussetzung und so weiter ausgelebt sind. Ein wichtiger Schuß bei Seeschiffen kann natürlich nicht durch eine ununterbrochene Reihe von Beschießungen erreicht werden, sondern nur dadurch, daß man die feindlichen Angriffsmittel, die zur Ausführung von Bombardements oder Brandbeschädigung geeignet sind, schon vor ihrem Herannahen an die Küste auf hoher See bekämpft, d. h. also daß man in der Lage ist, eine genügend starke Schlachtkonvoi der feindlichen Flotte entgegenzutreten.“

Der Sinn dieser Aussführungen ist: Wir müssen noch mehr Schiffe haben. Der deutsche Steuerzahler muß auf die Überraschungen, die ihm demnächst kommen sollen, hübsch vorbereitet werden. Bei Erörterung der letzten Marinevorlage ist von Landgericht Seite nachgewiesen worden, daß es Unsihn oder beinahe gewißer Schwund ist, die Gefahr eines Bombardements der deutschen Küsten durch feindliche Schiffe in Aussicht zu stellen.

Ein Kompromiß zwischen den Klerikalen und den Konservativen ist für die bevorstehenden bayrischen Landtagswahlen abgeschlossen worden. Die Konservativen werden von den Klerikalen in den mittelfränkischen Wahlkreisen unterstützt und den Klerikalen werden die zwei Abgeordnetenstimme im Wahlkreis Weißenburg garantiert.

Die antisemitischen Handlungsgehilfen haben am 3. April in Kassel ihren vierten „Allgemeinen deututschen Handlungsgeschäftstag“ abgehalten. Zeitungsberichten über die Verhandlungen entnehmen wir Folgendes: Von der Fraktion des Zentrums, dem Kürze der Landwirthe und dem Altdutschen Verbande lagen längere Begrüßungsschreiben vor. Der Vorsitzende, Kaufmann Irrwahn (Hamburg), eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser. Der Vorsitzende bemerkte dann, leider sei der Handlungsgeschäftstag nicht in der Lage, dem Kaiser die einmal ein Vergnügungsstellegramm zu senden. „Wir haben dies bisher jedesmal gethan“, so fuhr der Redner fort, „ohne jedoch auch nur ein einziges Mal einer Antwort gewürdigt zu sein.“ (Das kann allerdings antisemitische Patrioten rabiat machen.) Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den drei Hauptthemen: „Waarenhäuser und Handlungsgeschäften“, „Arbeitszeit und Lebensschlußstunde“ und „Kaufmännische Schiedsgerichte.“ Es wurde eine Medizin für sie für Waarenhäuser empfohlen, ferner wurde die Bestimmung verlangt, daß jede offene Verkaufsstelle an den Wochenabenden in der Zeit von acht Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein muß und daß während dieser Zeit jedweide Beschäftigung der darin angestellten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter verboten sei. Außerdem wurde eine allumfassende Regelung der Arbeitszeiten im Handelsgewerbe für eine unabdingbare Notwendigkeit erklärt und für Handlungsgeschäfte eine Maximalarbeitszeit von acht Stunden gewünscht. Endlich wurde noch eine Eingabe an den Bundesrat beschlossen, in der der Bundesrat gebeten wird, baldigst dem deutschen Reichstag einen Gesetzentwurf über die Errichtung Kaufmännischer Schiedsgerichte vorzulegen.

Gegen das allgemeine Wahlrecht wird von den Konservativen unablässig gewühlt. In der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht wieder Graf Mirbach-Sorquitten unter Beifügung auf Bismarck einen Artikel gegen das allgemeine Wahlrecht, zu dessen Ablauf die in konservativer Abhängigkeit stehende Presse aufgefordert wird. In dem neuen Kampfe gegen den „Umsturz“ wird die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts eine bedeutende Rolle spielen. Sollte das deutsche Volk einen Reichstag wählen, der die „Buchhausbürovorlage“ oder etwas Ähnliches annimmt, so wird eben derselbe Reichstag auch das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Eins gehört zum Andern. Es heißt also: doppelt gerüstet zu sein! Die Reaktion brennt darauf, zu einem mächtigen Schlag auszuholen. Einzig und allein bei dem deutschen Volke steht es, dafür zu sorgen, daß es ein Schlag in's Wasser werde.

Ein schweizerisches Urteil über die Besteuerung der Konsumvereine. Auch in der Schweiz wird von den Fleinändern eine Agitation gegen die Konsumvereine entwickelt. So hatte sich dieser Tage der Zürcher Kantonsrat mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der Regierungsrat des Kantons hatte nämlich die Absicht, nicht zwar für die Konsumvereine eine Exportsteuer zu schaffen, sondern sie der gleichen Besteuerung zu unterwerfen, wie die Aktiengesellschaften. Zur Erörterung der Angelegenheit wurde dann eine kantonsträthliche Spezialkommission ernannt, deren nunmehr vorliegender Bericht sich über die Konsumvereine folgendermaßen äußert:

„Der Charakter der Konsumvereine hat sich im Verlauf der Zeit wesentlich verändert. Der ursprüngliche Zweck der Konsumvereine war, die Waren im Großen einzukaufen, um sie den Mitgliedern auch wieder billig, das heißt höchstens mit einer kleinen Zulage zur Deckung der Umlöste, abgeben zu können. Jetzt wird nicht nur an die Mitglieder, sondern an Federmann verlangt und auf den Waren nicht nur ein Aufschlag gemacht, der den Umlöste entspricht, sondern ein erheblich größerer, damit aus dem Überschuss Reserven angelegt und Dividenden ausgetheilt werden können. Diese Dividenden haben aber einen ganz anderen Charakter als die

Dividenden der Aktiengesellschaften; sie werden nicht im Verhältnis zum eingekauften Kapital, sondern im Verhältnis zum Quantum der bezogenen Waren berechnet und sind daher nichts als ein Rabatt oder Skonto auf den Waren, wie Privatgeschäfte ihn bewilligen, nur mit dem Unterschied, daß er noch dem Gesamtresultat des Geschäftsjahres bemessen und erst am Ende des Jahres und nicht sofort bei der Bezahlung der Waren angetheilt wird. Privatgeschäfte rechnen den ihren Kunden bewilligten Skonto nicht zum Preis ein, sondern zu den Geschäftsanlässen, haben ihm also auch nicht als Einkommen zu verstehen. Es wäre ungünstig, die Konsumvereine anders zu behandeln, und es kann sich daher die Kommission in diesem Punkte auf die Ausschöpfung des Regierungsrates nicht anstreben.“

Diese unüberlegliche Logik würde freilich die deutschen Antisemiten sicher in ihrer Haltung gegen die Konsumvereine nicht bestreiten. Denn, worauf es ihnen kommt, ist ja gerade, zu verhindern, daß der Ausbeutung des verbrechenden Publikums durch die Kaufleute Grenzen gesetzt werden.

Die 7 oder 8 antisemitischen Gruppen, die gegenwärtig in Deutschland bestehen, sollen schon wieder einmal unter einen Hut gebracht werden. Es ist nämlich die Gründung eines allgemeinen Antisemitismus für ganz Deutschland in Aussicht genommen. Der zu diesem Zweck erlossene Aufruf stellt folgende Forderungen auf: 1. Aufhebung aller bisher bestehenden Reformvereine oder sonst für sich bestehenden antisemitischen Organisationen und Eintritt sämtlicher Geistungsgruppen in den mutigkämpfenden Bund; 2. Führung der Bundesgeschäfte durch eine allgemeine Generalleitung nach dem Muster des Bundes der Landwirthe, welche ausschließlich die Vertretung über die Belange der Bundesmitglieder hat; 3. Anstellung von Parteisekretären in den Hauptorten der Provinzen, welchen die Geschäftsführung, Agitation u. s. w. übertragen wird; 4. Durchführung eines umfassenden, organisch gegliederten Vertrauensmännerystems. — Der Antisemitismus hat seine Zugkraft verloren. Die „glorreiche“ Zeit von 1892, wo Ahlwardt der Held des Tages war, ist vorüber. Wenn man jetzt die Überbleibsel noch zusammenfügen will, dürfte nicht viel mehr zusammenkommen.

Russische Censur-Oberhöheit. Ein seltsames Zeitungskreuzband ist dem „Vorwärts“ zugestellt worden. Die Adresse auf ihm lautet: „Suisse, Bern (weiter folgt der Name und die nähere Adresse eines bulgarischen Studenten, welcher in Bern studiert).“ Auf dem Kreuzband ist eine bulgarische Briefmarke aufgeklebt, auf welche der Poststempel des Aufgabekreises „Sophia“ aufgedrückt ist, auf der Rückseite sehen wir den Stempel des Kunstsvereins „Bern“. Außerdem erblicken wir aber auf demselben Kreuzband noch einen Poststempel, welcher dort auf gar nicht gehört, nämlich den Poststempel — der Stadt Warschau. Und außer diesem noch einen anderen russischen Stempel, welcher lautet: „Das Warschauer Censurkomitee 8. II. 1899.“ Wie mitgeht wird, erhält der betreffende Student bis auf den heutigen Tag seine Zeitungen aus Sophia mit dem Stempel des Warschauer Censurkomitees versehen. Russland liegt nicht auf dem Wege von Bulgarien nach der Schweiz und was gehen überhaupt die Postsendungen aus Sophia nach Bern das Warschauer Censurkomitee an? Hat vielleicht die bulgarische Regierung an dem Schalten und Walten der russischen Censur in Russland und neuerdings in Finnland ein so großes Wohlgefallen gefunden, daß sie vorläufig wenigstens die für Russland bestimmten Druckblätter von einem russischen Censor durchsehen läßt? Bulgarien unter russischer Censur-Oberhöheit — auch ein Beitrag zur russischen Welterrschaft.

Kleine politische Nachrichten. Zur Sammfrage nach die englische Regierung hat nun endlich ihre Vorbehaltungen gelassen und den deutschen Vorschlag, eine Untersuchungskommission nach Samoa zu entsenden, angenommen. Einige Beschlüsse dieser Kommission müssen einstimmig gefaßt sein. — Der „Reichsangeiger“ veröffentlicht eine vom 27. März datirte Verordnung, durch die auf Grund des § 482 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs angeordnet wird, was beim Verkauf von Nag. und Buchthieren und beim Verkaufe solcher Thiere, „die alsbald geschlachtet werden sollen und bestimmt sind, als Nahrungsmittel für Menschen zu dienen“, als Hauptzusage gelten soll. Darauf gelten als Hauptmängel für den Verkauf von Nag. und Buchthieren bei Pferden, Eseln, Maultieren und Mauselatern Nag., Dammsöller, Dammsigkeit, Rehkopfspeisen, periodische Augenentzündung, Koppen, bei Rindviech tuberkulose Erkrankungen und Brüngewölle, bei Schweinen Rothlauf und Schweinepest. Die Geährdristen werden auf 3 bis 28 Tage festgesetzt. — Ganz analogisch. Gegen den Antrag Warschau-Moskau und die Eingabe des Vereins der Brauereien Berlins, die ein gesetzliches Verbote der Verwendung von Gurkenaten bei der Bierbereitung erfordern, richten zahlreiche Mittelpunktbesitzer und Stärkesuppfabrikanten eine Billigzeit an den Reichstag, worin sie ersuchen, daß das Verbote überhaupt abzuheben oder wenigstens Stärkesuppf, Stärlezucker und Zuckerzucker von dem Verbote auszunehmen. An der Spitze der Mittelpunkte steht Graf Schwerin-Löwitz, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Pommern; dazu folgen noch drei Grafen Schwerin, ein Graf Betsch-Schwerin, Grafen Dohna, Ranzau, Schleffen, Wredow u. s. w. Und gegen den „Deltag“, wie die agrarische Presse geschmacklos für Margarine zu sagen pflegt, kann nicht genug gezeigt werden. — Bei Ausbildung weiblicher Gewerbe-Aussichtsbeamten veranstaltet der Bund deutscher Frauenvereine eine Kurse in Berlin. Auf das Gesuch, zur Ertheilung dieser Kurse einen Gewerbe-Aussichtsbeamten als Dozenten zur Verfügung zu stellen, hat der preußische Handelsminister ablehnend geantwortet, da die Gewerbe-Aussichtsbeamten durch ihre Dienstgeschäfte voll in Anspruch genommen seien. Auch sei die Einstellung weiblicher Hilfskräfte in den Gewerbe-Aussichtsdienst vor dem 1. April 1900 nicht zu erwarten. — Neuen Uniformen sind für die Feld-Artillerie geplant. Bei einigen Artillerie-Regimentern sind nach den „Berliner Neuest. Nachr.“ je zwei Probe-Uniformen, mit welchen in der nächsten Zeit Dragversuche angestellt werden sollen. Waffenrock und Beinkleider behalten zwar die bisherige Form, doch werden die blanken Knöpfe durch schwarzgeätzte Messingknöpfe ersetzt. Anstatt der rothen Achselklappen hat der neue Waffenrock schwarze Klappen, welche die Regimentsnummern in rotem Papier tragen. Das Bedenken ist durchweg schwarz. An Stelle des Helmes mit Augel und blankem Be-

schlag tritt ein Tuch bezw. Blätzlappi mit mitgeholtem Alu-miniumblatt und eingestecktem Haarschädel wie bei den sächsischen Jägern. Ferner wird zur Probe noch eine Sturzhelmpe getragen werden, welche die Form der speziellischen zu beweisen. sogenannten Mittelmäppen hat. Wie viel Millionen wird allein Herstellung wieder kosten? — Nachdem sie wegen Neugunstiverweigerung $4\frac{1}{2}$ Wochen inhaftiert waren, sind in Graubünden die beiden Bandenkrieger Lehlings Rinaldi und Kopfli am Montag Mittag aus der Haft entlassen worden. Der Name des Autors, dessen Nennung die Lehrlinge verweigerten, ist bekanntlich schon seit einigen Wochen dem Gericht bekannt, und es lag durchaus kein rechtlicher Grund vor, die Lehrlinge noch in Haft zu behalten. — Von der Strafexpedition zu Schenking liegt bereits Runde vom ersten Erfolge vor. Nach an ömtlicher Stelle in Berlin eingegangener Nachricht ist die Bestrafung von Höller in Nähe erfolgt. Aus Furcht vor Strafe erhängte sich der Süßler Prässler vom Gardehusaren-Regiment, der sich auf Urlaub bei seinem Eltern in Ratschlin bei Zürich aufhielt. Er hatte sich an einer Schlägerei beteiligt, wobei ihm sein Seltzergewehr zerbrochen wurde. Als mutmaßliches Mitglied einer monarchistischen Gemeinschaft war der Schlosser Mössler in Berlin in Untersuchungshaft genommen worden, weil bei einer Hausdurchsuchung auf seinem Oberarm eine nicht zu entkräftenbare Tätowierung entdeckt worden war. Die vom Vertheidiger nachgesuchte Haftentlassung war vom Untersuchungsrichter abgelehnt worden. Jetzt hat aber der Staatsanwalt das Verfahren gegen Höller eingestellt, nachdem derselbe zehn Wochen in Untersuchungshaft hat zuveringen müssen. (Wenn die Staatsanwälte in jeder nicht zu entkräftenbarer Tätowierung die Mitgliedschaft an einem monarchistischen Gehirn zu erkennen wüssten, dürften die Untersuchungsergebnisse zur Inhaftirung derartiger Leute nicht ausreichen. Statt ihres Scharfes auf die Entkräftigung tätowierter Hieroglyphen anzustrennen, sollten sich, unseres Erachtens nach, die Berliner Staatsanwälte lieber auf die Entdeckung und Aufzündigungswürdigkeit der bisher noch nicht entdeckten Mörder legen.) Mit den Verhandlungen zur Bestrafung des Schulbigen im Rossle-Stenz ist begonnen worden. Das deutsche Vorgehen hat bereits den Erfolg gehabt, daß durch Beschl. des Rotters von Chino zum Schluß der Missionare und Bergwerksbeamten nach Michonfu Militär gesetzt worden ist. — Wechselt das deutsche Geschwader in Peking. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem Deutschland mit China in feierliche Differenzen verwischt ist, findet ein Wechsel des Pekinger deutschen Gesandten statt. Zum Nachfolger des Freiherrn von Henffay, der „aufgegrund eines schweren Unfalls“ einen elenden Urlaub antritt, ist der bisherige kaiserliche Gesandte in Mexiko, Freiherr von Metteler ernannt. Derselbe soll seinen Dienst so rasch wie möglich antreten. Herr von Metteler hat der deutschen Gesellschaft in Peking von 1878 bis 1884 im Dolmetscherdienste und von 1884 bis 1890 als Legationssekretär angehört. Das verbesserte vierte Gebot für die Russisch-Polen hat auf Anordnung der Regierung das vierte Gebot jetzt folgenden Wortlaut: „Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren und beim Monarchen und seinen Beamten Wohlgefallen und Gehorsam erweisen, auf daß Dir's wohgehe und Du lange lebst auf Erden.“ Die Lehrer sollen daran achten, daß das Gebot stets in dieser Form gesprochen wird. (Man sieht, in Russland ist man den westeuropäischen Umlaufzämpfern in der Bedeutung der Religion zu politischen Zwecken noch überl.) — Berlin, Georg, der Oberkommissar von Kreta erließ eine Annullierung für die in der Zeit vom September 1890 bis zum Dezember 1890 begangenen politischen Vergehen; nur die im August 1890 in der Stadt Kandia begangenen sind von der Annullung ausgenommen. — Die von 21000 britischen Staatsangehörigen in Transvaal unterzeichnete Petition an die Königin Victoria wurde vom Gouverneur der Kapkolonie Sir Alfred Milner genehmigt und dem Staatssekretär der Kolonien Chamberlain übertragen. Sie in der Petition ausgesprochenen Wünsche sind, wie eine Johannesburger Depesche der „Times“ behauptet, immer mehr Aussicht.

Drüseleidullagen.

Hatte Lucken Stomplien? Er werben neuerdings Mitheilungen laut, nach denen ein ehemaliger Unteroffizier der Kavallerie, Namens Stephan Bednar, der sich dieser Tugre das Leben zu nehmen versuchte, daran aber gehindert worden war, gestanden hat, ein Freund Lucken gewesen zu sein; auch er habe von einem „Anarchisten-Klub“ den Auftrag erhalten, irgendeinen (gleichgültig welchen) europäischen Souverän zu ermorden. Die Geschichte klingt sehr unwahrscheinlich. Wenn sie nicht von Anfang bis zu Ende von Sensationsjournalisten erlogen ist, so wird der gute Bednar, der übrigens aufs wegen Unterschlagung von Staatsgeldern verfolgt wird, wohl nur das Bedürfnis gehabt haben, seinen Gauvereien einen „politischen“ Nimbus zu geben und sich dadurch interessant zu machen. Man kennt das ...

Über die Arbeiternruhen in Böhmen lesen wir in Berliner Zeitungen: In Nachod (Böhmen) waren am Mittwoch von antisemitischer Seite angezettelte Unruhen entstanden, zu deren Bewältigung Militär aus Josefstadt anrückten musste. Nach einer Meldung vom Donnerstag früh sind die Unruhen beigelegt und die Straßen geräumt. Sechs in Nebengassen gelegene israelitische Läden sind vollständig ausgeplündert und demoliert. Der Schaden wird auf 70 000 Gulden geschätzt. Wie die „Voss. Blg.“ meldet, waren es tschechische Arbeiter, ausländige Weber der Firma Jakob Bick, welche die Arbeiterschaft gegen Fabrik und Wohnhäuser der Firma ausheizten. Die Menge schlug bei sämtlichen Häusern von Juden die Fenster ein und riß Türen und Fensterslüsse aus, zahlreiche Geschäfte wurden geplündert, mehrere Arbeiter verhaftet.

Frankreich,

Die Revisionskampagne wird vom "Figaro" durch neue Publikationen aus dem Cassationshof-Altenmaterial munter fortgesetzt. Donnerstag brachte das Blatt die Aussagen des Untersuchungsrichters Berthulius, welcher eine Haussuchung seiner Zeit bei Esterhazy vorgenommen hat.

Bertalus übergab dem Kassationshofe Briefe Esterhazy's an Rothschild, sowie einen mit "Beauval" unterzeichneten Brief, in welchem es heißt, daß Esterhazy glaube, Rothschild mit der Bitte um Hilfe angehen zu müssen. Bertulus ist der Ansicht, daß dieser Brief nicht von der Hand Beauval's herrscht, sondern zweifellos von Esterhazy selbst geschrieben ist. Bertulus lenkt die Aufmerksamkeit des Kassationshofes auf einen Brief Esterhazy's vom 29. Juni 1884, in welchem die Worte vorkommen: "Im Augenblick meiner Abreise ins Manöver." Er überreicht ferner ein Memorandum Esterhazy's an den Polizeilieutenant Martin, in welchem Esterhazy Ausklärungen über die Klage seines Bettlers

Christian bleibt. Dieses Schriftstück hat in den Augen des Untersuchungsrichters Bertulus ein wirkliches Interesse. Es enthält die besondere Angabe Esterhazy's, daß er seinen Vetter Christian erschüttete. Vermittler zwangen ihm und dem Generalstab zu sein. Christian Esterhazy nahm dies an. Bertulus übergibt sodann ein Notizbuch der Frau Guerard, der Mätresse des Hauses Rue Dorat 49, in welchem sich Geständnisse der Madame Bays befinden. Bertulus ergibt dann, daß er einige Zeit nach der Affaire Henry-Viecourt Henry begreift sei und ihn gefragt habe, weshalb er Viecourt vor den Schranken des Gerichts so entchiedener Weise Augen knoste? Henry erwiderte, das sei im Kreuzleute des Verhörs geschehen; er habe jedoch niemals die Absicht gehabt, Viecourt als Kugel hinzustellen. Viecourt sei ein Starckopf, aber ehrenhaft. Bertulus sah du Bath de Clam zweimal; dieser verabscheute ihn, er wäre von der Schuld Dreyfus überzeugt. Diese werde beweisen durch das Vorberat, die Schrifturkundung Bertulus' und durch sein eigenes Verhalten. Auch du Bath de Clam dachte, er halte Viecourt für einen ehrenhaften Mann. Bertulus gibt ferner Auskunft über die Angelegenheit Christian Esterhazy und sagt, er habe Vertrauen zu diesem, der sich niemals widergesprochen und in seinen Aussagen nie geschwänzt habe. Das Gericht des Präsidenten saß Bertulus den Vorfall mit der verschleierten Dame anzuhören. Bertulus spricht die Ueberzeugung aus, die verschleierte Dame sei Niemand anders gewesen, als du Bath de Clam. In der Zeit vor dem Volksprozeß habe der General Monse zu ihm gedroht: „Sie treffen mit Viecourt zusammen, halten Sie ihm mit eindringlichen Worten vor Augen, daß von seiner Haltung im Prozeß keine ganze Laufbahn abhänge.“ Als Beweis der Schuld des Dreyfus zeigte General Monse Bertulus einen mit „Alexandrine“ unterschriebenen Brief. Einige Monate später wurde diese Fälschung Henrys bekannt. Bertulus berichtet sodann über die Angelegenheit der fallenden Esperanza- und Blanche-Telegramme Madame Bays, die beide Esterhazy, gestand ein, das Esperanza-Telegramm geschrieben zu haben. Das Blanche-Telegramm rührte von du Bath de Clam her. Nach Unterredung mit dem Advokaten Théophile zog Madame Bays ihr Geständniß zurück. Da in der Wohnung der Bays gesundene Brief, in welchem Esterhazy Beihilfe zur Sachverständigung verlangt, war, wie Esterhazy sagte, an den General Volodessky gerichtet. Bei Esterhazy sei ferner ein Brief beschlagnahmt worden. Dieser Brief war ein Beweis dafür, daß Esterhazy im Nachrichtenbüro verbrecherische Beihilfe gefunden habe. Am 18. Juli 1898 begab sich Henry im Auftrage des Relegationsministers in Paris zu Berlin. Als Henry die verschiedenen beschlagnahmten Papiere sah, geriet er in große Aufregung. Er beldete Bertulus, die Worte zu retten und gestand, daß Esterhazy und du Bath de Clam die Urheber der Esperanza- und Blanche-Telegramme seien. Als French im Begriff war, sich zu entheben, sagte Bertulus zu ihm: „Das ist noch nicht alles. Esterhazy und du Bath de Clam sind schalotig. Röge du Bath sich heute eine Kugel durch den Kopf jagen und Esterhazy als Zeuge vor das Strafgericht kontinzen, so ist doch noch eine Gefahr vorhanden. Diese Gefahr sind Sie. Ich habe einen von Esterhazy an den Deputierten Roche gerichteten Brief, in welchem von Ihren Fähigkeiten und Charakter das abschreckendste Bild entwölfen wird. Es heißt in demselben auch, daß Sie immer Geld brauchen und Esterhazys Schnäpser geblieben sind. Das erhält Alles aus der Zeit vor dem Dreyfus-Prozeß her. Wenn nun berartige Papiere in die Hände Ihrer Komieraden fallen, willde man daraus den Schluß ziehen, daß Sie Esterhazy militärische Schriftstücke übermittelten.“ Henry brach in Thränen aus, murkte und lästerte und rief schimpfend: „Rettet Sie uns!“ Dann äußerte er: „Esterhazy ist ein Bandit.“ „So“, sagte: „Esterhazy ist der Urheber des Vorberats.“ Henry erwiderte: „Bestehen Sie nicht auf Ihrer Theorie, die Ehre der Armee über Alles!“

Auch von anderer Seite geht die Ausführungsaarbeit
rüstig vorwärts. In Paris fand Dienstag Abend das
von der „Aurore“ einberufene Meeting statt. Die Pressefreiheit
hielt eine längere Ansprache, über die Verdienste des
Generalstabs und über die öffentliche Meinung.“
Begrüßende Kundgebungen erfolgten nicht. — In einem
Brief an den Präsidenten des Cassationshofes fordert
Joseph Heinrich, es sei eine Untersuchung einzuleiten und festzustellen, aus welchem Grunde Oberst
Henry der „Libre parole“ die Verhaftung des Kapitäns
Dreyfus mitteilte, obgleich der damalige Kriegsminister
des strengste Amtsgheimniß befohlen hatte.

Zu den Enthüllungen aus den Akten des Kassationshofes hat der „Figaro“ bereits einen Konkurrenten erhalten. Ein anderes Pariser Blatt, der „Voltaire“ berichtet nämlich, aus den Aussagen des Botschaftssekretärs Paleologue vor dem Kassationshofe gehe hervor, daß das Ministerium des Außenfern zu wiederholten Malen amtliche Mittheilungen erhielt, dazin lautend, daß weder von Schwartzeck noch Panizzardi Beziehungen zu Dreyfus hätten. Das Blatt führt eine Erklärung der deutschen Botschaft vom Jahre 1897 an, welche besagt, von Schwartzeck habe die Versicherung abgegeben, daß er Dreyfus niemals gekannt habe. Auch der italienische Botschafter, Graf Tornielli, gab der französischen Regierung Kenntniß von einem Bericht Panizzardis an den italienischen Generalstab, welcher die Versicherung Panizzardis enthält, daß er niemals mit Dreyfus zu thun gehabt

n i e m a l s mit Dreyfus zu thun gehabt habe. Das Blatt fügt hinzu, auch der italienische Generalstab habe erklärt, niemals direkte oder indirekte Beziehungen zu Dreyfus gehabt zu haben. Ferner habe Paleologue der Kriminalkammer von einem amtlichen Schreiben Torniellis an Hanotaux vom Januar v. J. Kenntniß gegeben, in welchem Tornielli kategorisch die Versicherung wiederholt, daß Dreyfus nie Beziehungen zu italienischen Agenten gehabt habe. Paleologue sagte weiter aus, die chiffrirte Depesche Panizzordis, welche sich auf die Verhaftung Dreyfus bezog, sei im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten entziffert worden. Dieselbe habe folgendermaßen geschlossen: „Wenn Dreyfus zu Ihnen in keinen Beziehungen stand, so könnte man vielleicht den Botschafter ersuchen, ein amtliches Dementi zu veröffentlichen, um zu vermeiden, daß die Sache in den Blättern besprochen wird.“ Die mit der Entzifferung Betrauten hatten, wie Paleologue weiter erklärte, Bedenken, die Schlusswenden zu übersezzen, da sie sich fragten, ob hinter den Worten

„amtliches Dementi“ nicht stehe „Unser Agent ist benachrichtigt“. Henry und Gonse nahmen die Besart an, aber die Entzifferung späterer Depeschen zeigte, daß die erste die richtige war. „Voltaire“ sagt weiter, die Aussage Paleologues erwähne ein Tele-

gramm des französischen Gesandten in Rom, in welchem
es heißt, Sterckay habe mehr als 200000 Fr. von angewandten Regelungen erhalten.
Auch erklärte Paleologue, er habe niemals die angeblichen
Briefe des Kaisers Wilhelm gelesen.

Abschaffung der Schauspielkunst, welche im Jahre 1880 in Frankreich eingeführt ist, beantragen die Senatoren Berenger und Siegrieß. Sie machen geltend, daß durch die Schauspielkunst die Zahl der Schauspielstätten von (1869) 384 876 (Elsass-Lothringen einbezogen) auf 464 500 gestiegen ist, also eine auf 85 Einwohner, oder eine auf 30 Erwachsene. Folten soll eine Schauspielstätte nur laut besonderer Errichtung eröffnet werden dürfen. Die Errichtung ist an die Bedingung des Unfalls einer oder mehrerer bestehenden Schauspielstätten geknüpft, bis deren Zahl auf eine für 300 Einwohner herabgeindert ist. Eine Schauspielstätte darf nicht mit einem anderen Betriebsgeschäfte verbunden sein.

Finland,

Die Russifizierung Finnlands. „Rhe Preßen“ und „Astoupolen“, die zwei größten Blätter von Helsinki, sind, das eine auf russ., das andere auf einen Monat, verboten. Finnland beginnt die russischen Eroberungen zu spüren.

Der Generalgouverneur von Finnland schreibt:

„Der Generalgouverneur von Finnland, Dobritow, hat den Gouverneuren der verschleierten Provinzen einen Beweis ertheilt, weil sie es nicht verstanden haben, die Einzammlung von Unterwerfteschen für die Adresse an den Kaiser zu verhindern oder nicht einmal gewußt haben, daß im ganzen Lande für die Adresse agitiert wurde, „was die Bevölkerung stark beunruhigt hat.“ General Dobritow hat sich außerdem an dem finnischen Senat gewendet, um denselben zu ersuchen, das Volk darüber aufzuklären, daß es das bekannte Kaiserliche Manifest falsch aufgefaßt habe, wenn man habe durchaus nicht beabsichtigt, damit die Verfassung des Großfürstenthums zu verleihen. Der Generalgouverneur hofft, der Senat werde ihm in dieser Art und Weise behilflich sein, die erregte Stimmung des Volkes zu beruhigen. Der Senat hat es indessen abgelehnt, das Kaiserliche Manifest mit beruhigenden Erklärungen zu versehen.“

„So wird jetzt in Finnland viel über Verleihung des
Briefes geheimnislos gesagt; auch gehen viele Briefe ver-
lorein, aber sie gelangen in beschädigtem Zustande in die Hände
der Abreissaten. Graf Leo Tolstoi hat sich jüngst gegenüber
einem finnändischen Freunde folgendermaßen ausgesprochen:
„Die gebildeten Russen sympathisieren mit Finnland ganz wie ich.
Meiner Meinung nach sollte man die russischen Verhältnisse mit
den finnändischen in Eustlang bringen, anstatt zu versuchen,
Finnland zu erpressen.“

Nähere und Nachbargebiete

7. April.

Den Rechteintragenden wird im Lübecker Brief des „Hamb. Corr.“ gehörig mitgespielt. Es heißt dort: „Die Anleihe wirft endlich einen Lichtstrahl auf unsere Bahnhoffrage. Es sind die Kosten für die Verlegung des Bahnhofes einbezogen, d. h. mit anderen Worten, der Bahnhof kommt nun auch dem Rechteintrag. Daraus läßt auch eine füglich in Unwesenheit vom Beamten des Reichseisenbahnamtes stattgefandene Sitzung des Bahnausschusses schließen. In dieser Sitzung soll der letzte Feilstrich am Rechteintrag project bewirkt worden sein. Die Antirechteintragler, die seit geraumer Zeit ihre Befürfe abgeprobt haben, werden sich wohl so sachte bequemmen müssen, ein neues Kaliber aufzufahren. Mühen wird es streitig bitter wenig.“

Erben gesucht. Am 6. Juli 1898 ist in dem chilenischen Hafenorte Iquique der Seemann (Feuermann) William Evans gestorben. Er soll aus Lübeck gebürtig gewesen sein, aber schon seit langen Jahren in Iquique gewohnt haben. Sein Nachlaß, etwas über 20 Mark in Gelde, wird vom hiesigen Amtsgerichte verwahrt. Die unbekannten Erben des Verstorbenen werden aufgefordert, ihre Erbsansprüche baldigst in der Gerichtsschreiberei, Zimmer 10, anzumelden.

Bom Tage. In Hast geriethen ein Bismarckmann und dessen Schwester, eine Schneiderin, welche des Diebstahls bezw. der Habserei beschuldigt werden. — Untersuchung ist eingeleitet gegen ein Dienstmädchen, welches einem Kellner 20 Mark gestohlen haben soll. — Ein falsches Zweimarkstück — Wilhelm I, 1876, A, — wurde der Polizei übergeben.

In das Handelsregister ist am 6. ds. Mts. eingetragen auf Blatt 2018 bei der Firma: „Ziegloff u. Cie.“ Der Kaufmann B. G. Ziegloff in Straußberg ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden.

— Arbeiterrisiko. Auf der Blechemballagen-Fabrik von Ewers u. Co. in der Waisenhoftstraße gerieth der in der Druckerei beschäftigte Arbeiter Emil Hinz mit der linken Hand in die Maschine, wobei ihm zwei Fingerknägel abgerissen wurden. Als er verbunden und fertig geschafft war, zeigte eine Arbeiterin die abgerissenen Knägel ihren Mitarbeitern. Dies wurde bemerkt und die Arbeiterin auf der Stelle entlassen. — Von einem Lithographen wird uns hierzu noch geschrieben: Verortig! Unsfälle würden sich wohl nicht so häufig ereignen, wenn statt der ungelernten gelernte Arbeiter an den Maschinen beschäftigt würden wie es sich von Rechtswegen gehört. Das Unternehmertum sträubt sich natürlich dagegen, weil die gelernten Arbeiter selbstverständlich höhere Löhne beanspruchen. So werden denn ungelernte Leute an solche Plätze gestellt, und wird einer zum Krüppel, nun, Ersatz ist ja in Fülle da.

Aus dem Lübeckischen Staatsverbande sind entlassen worden: H. H. Höppner und G. H. W. Höppner, beide wohnhaft zu Burg a. F.

= Maifeier. Arbeitsrahe am 1. Mai beschlossen weiter die Töpfer.

ok. Eine öffentliche Kärtversammlung fand am Donnerstag, den 16. d. Mts., im Vereinshaus statt. Bei der Abrechnung vom I. Quartal ergab sich eine Einnahme von 161,80 Mts., eine Ausgabe von 119,07 Mts., mithin ein Kassenbestand von 82,73 Mts. Da ein Mitglied der Kommission abgetreten war, wurde der Vorsitz gewählt. Von den Fabrikarbeitern wurde vorgebracht, daß von den Metall-Industriellen für hiesige Fabriken ausländische Arbeiter, insbesondere Österreicher importiert würden, wodurch hiesige Arbeiter aus der Arbeit gedrängt würden. Debatte wurde der Antrag, eine öffentliche Prolet-Kärtversammlung einzuberufen, abgelehnt. Die eingegangenen Statthalterungen des Verbandes deutscher Apparateleute wurden den Metallarbeitern überwiesen.

Zum Schluß rügte der Vorsitzende, Genosse Wöhrel, daß die Versammlung so schwach besetzt sei, da viele Gewerkschaften nur durch einen Delegierten vertreten waren und beantragte die Anwesenden dafür zu sorgen, daß alle rechtzeitig und vollständig vertreten seien.

Zusammengekommen: J. H. A. Ahrend, Metallbaumeister.

J. H. Ahrend, Holzler, J. H. Ahrend, Schuhmacher.

J. H. Ahrend, Steinmetz, J. H. Ahrend, Schuhmacher.

</div

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 82.

Sonnabend, den 8. April 1899.

6. Jahrgang.

Ein Welt Eisenbahn-Verband.

Den internationalen Gesichtspunkt des Verkehrs schiebt die moderne Eisenbahnpolitik in den Vordergrund ihrer Strebungen. Der internationale direkte Verkehr soll nach Möglichkeit gefördert, die völkerverbindende Aufgabe der Eisenbahnen ohne jede Rücksicht auf nationale Gesichtspunkte durchgesetzt werden. Die leitenden Kreise auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik wollen die Eisenbahnen ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen der einzelnen Staaten in den Dienst der ganzen Menschheit stellen. Der Erdball wird heute von nicht weniger als 714 998 Kilometer Schienennetzen umspannt; der Wert des Netzes beträgt 66 470 000 000 Rubel. (1 Rubel = 2,16 Pf.) Die Zahl der Lokomotiven erreicht 131 219 mit 280 000 000 Pferdestärken. Dient wird das Schienennetz von etwa 5 Millionen Menschen. Diese gewaltigen Ziffern zeigen den heutigen Umfang des Weltverkehrs, lassen es aber auch gleichzeitig verwunderlich erscheinen, daß die politischen Grenzen des einzelnen Landes noch immer ein Hindernis für einen freien und ungehinderten Güterverkehr bilden. Wie der Postverkehr international geregelt, so soll auch das Gleiche für den Eisenbahnverkehr erstrebt werden. Als Vorläufer für diesen Gedanken tritt in allererster Linie Russland ein. In der Gesellschaft zur Förderung der Militärwissenschaften in St. Petersburg hält vor mehreren Wochen der russische Generalmajor von Wendrich einen Vortrag über einen Welt Eisenbahnverband, aus dem wir über die angestrebten Ziele nach einem Bericht der "Zeitschrift des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen" das folgende entnehmen. Nach Ansicht von Wendrich soll ein Güterwagen durch keinerlei politische Grenzen in seiner freien Bewegung gehindert sein, sondern vom Produktionsort bis zum Absatzmarkt ohne Umladung rollen können. In Friedenszeiten soll das Schienennetz den Zwecken der ganzen Menschheit dienen, es soll die Möglichkeit geben, Reisen und Güter mit dem größten Nutzen, der größten Economie, Schnelligkeit und Sicherheit zu befördern. Der Wagen muß als Träger des Weltverkehrs die Möglichkeit gewähren, sich ohne Aufenthalt selbst über alle verchiedener Spurweite fortbewegen zu können. Dann werden die Fahrpläne der Güterzüge, ähnlich wie die Fahrpläne der Personenzüge des direkten Verkehrs, in Einklang gebracht werden können und der Verkehr auf dem ganzen europäischen Kontinent wird ein ungehindert sein. Erst dann wird man in die Lage sein, die Zeit genau berechnen zu können, die die Versorgung einer Sendung vom Abgangs- bis zum Bestimmungsort in Anspruch nimmt. Welche wichtige Bedeutung allein dieser Umstand hat, werden Warenempfänger und -Versender beurtheilen können, die gegenwärtig bei dem Modus der Uebergabe nicht nur von Staat zu Staat, sondern auch von Linie zu Linie oft die empfindlichsten Verluste erleiden. Die technischen Schwierigkeiten einer solchen Regelung des internationalen Güterverkehrs sind keineswegs unüberwindlich. In erster Linie würden dagegen eher politische und militärtechnische Gründe vorgesetzt werden können. Aber auch diese widerlegte der russische Generalmajor in seinem Vortrag mit überzeugenden Ausführungen. Was ganz besonders gezeigt erscheint, diese internationale Regelung des Gütertransports zu befürworten, das ist für Europa noch ganz besonders die Rücksicht auf den Konkurrenzkampf mit Amerika. Unser Transport in den europäischen Ländern verheuert sich

namentlich durch das Bestehen der vielen politischen und damit auch der Verkehrsgrenzen, während die Vereinigten Staaten ein einheitliches Verkehrsgebiet sind, in dem der Transport nirgends durch politische oder sonstige Gründe verlangsamt oder gehindert wird. Insolgedessen ist der Transport erstaunlich schneller, zweitens aber billiger. Will Europa in dieser Beziehung auf dem Weltmarkt mit den Vereinigten Staaten konkurrieren können, so bleibt nur die vorgeschlagene Möglichkeit eines internationalen Welt Eisenbahnverbandes übrig, der sich in der Hauptfläche auf die Länder des Kontinents erstreckt. Russlands zu erstrecken hat. Da früher die Vereinigten Staaten mit ihrem Weltmarktoskurs das alte Europa bei bedrängen, desto eher wird man bei uns solchen Ideen zugänglich sein, wie sie von dem russischen Generalmajor entwickelt werden. Es handelt sich keineswegs um untreibbare Forderungen, sondern um ein Gebot der ökonomischen Notwendigkeit, um die Forderung des möglichst engen Anschlusses der europäischen Länder auf dem Gebiete der Handelspolitik und des Verkehrslebens, der uns von Amerika aufgeworfen werden wird.

Soziales und Partei-Leben.

Der deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband hielt am Sonnabend vor Ostern in Halle a. S. seine 10. Generalversammlung ab. Nach dem von Möller erstatteten Geschäftsbericht hat sich der Verband im vergangenen Geschäftsjahr sehr gehoben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 23 600. Die Einnahmen bringen im vergangenen Jahre 72 194 Pf. 91 Pf. gegen 48 817 Pf. 50 Pf. im Vorjahr. Möller betonte in seinem Bericht noch die Notwendigkeit eines besseren Mechanismus, die Errichtung von Arbeiterselbstverwaltung und die Schaffung einer Organisation, durch die es möglich sei, Aufstände möglichst mit genügenden Mitteln zu unterdrücken. Dem Vorstande wurde einstimmig Entlastung ertheilt. Der Vorsitzende der in Bochum erscheinenden "Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung", Otto Hün (Bochum) berichtete danach über den Stand der Presse. Zu diesem Gegenstande lag eine Reihe von Anträgen vor, in denen eine Rüge für seine Haltung in der Zeitung ertheilt werden sollte. Nach langer Besprechung gelangte einstimmig eine Erklärung zur Annahme, in der die Generalversammlung Hün ihr Vertrauen ausspricht. Beschlossen wurde also dann, die Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. sowie die Auszahlung eines Sterbegeldes in Höhe von 30 Pf. Die Sterbefälle wird obligatorisch eingeführt. Im weiteren gelangte folgende Resolution des Vorstandes zur einstimmigen Annahme:

"Vom 1. Juli 1899 an sind alle Vertrauensleute verpflichtet, genan aufzuschreiben, wie viel Frauen und Kinder von Verbandsmitgliedern sterben in ihrem Bezirk. Auf Grund des so gewonnenen Materials wird dann die weitere Generalversammlung entscheiden, wie viel an Sterbegeld für Frauen und Kinder ausgeschüttet werden soll."

Sämtliche Anträge betreffend die innere Organisation wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Als Delegierte für den deutschen Gewerkschaftskongress wurden Hün (Essen) und Henker (Sachsen) gewählt. Weiter wurde beschlossen, auch für die Folge der Generalkommision ungeschlossen zu bleiben. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, der Leitung und des Ortes der nächsten Generalversammlung wurde wiedergewählt: mit 106 Stimmen Möller zum ersten, Schröder mit 100 Stimmen zum zweiten Vorsteher und mit 115 Stimmen Schürholz zum

"Gott weiß es," gab er zur Antwort, "dass es gleichgültig ist, wen wir die Schuld zuweisen. Wir haben es so gewollt, wir müssen es tragen."

"Und wir werden es tragen," erwiderte sie. "Du gehst nach Schleswig zurück?"

"Ja," sprach er kalt.

"Nach Sylt, wie mein Vater sagt."

"Ich denke, es ist so."

"Du thust nicht recht," sagte Lina. "Ich fürchte für Dich, mein thurer Freund."

"Du fürchtest für mich," rief er mit der tiefen Bitterkeit seiner Gesichts. "Deine Furcht kommt zu spät."

"Glaubst Du," erwiderte sie, "dass ich jemals aufhören könnte, Deine Wege mit meinen Gedanken zu begleiten? Dass ich aufhören könnte, Dein Glück zu wünschen und Dich da zu sehen, wohin Du gehörst."

"Ich drücke dem Fräulein von Hammerstein meinen Dank aus," antwortete Lornsen kalt, "und bitte dasselbe von mir zu glauben."

"Nein, Jens," rief sie mit stolzer Festigkeit, "so wollen wir nicht scheiden. Du hast einst zu mir gesagt, dass alles fallen und enden könnte, nur die Erinnerung nicht, dass Du mich geliebt. Ich habe Dir diese Liebe zu Deinen Füßen geboten, Du hast sie zurückgewiesen, Du hast mich verlassen."

Lornsen antwortete nicht.

Stumm und still saßen die Beiden unter dem düsteren Baume, welcher mit seinem schwarzen Schatten sie umspann. "So lasst uns scheiden," sagte er endlich. "Einst wird die Stunde kommen, wo Du Antwort finden wirst auf Deine Klagen. Sei glücklich, das ist mein letzter Wunsch und bereue nie!"

"Reue," sagte sie, "ist das Erbteil der Schwäche. Ich weiß, Du hast keinen Raum dafür, Jens. Dein stolzes Herz

wurde zum Vorsitz des Verbandsorgans wuchs. Zum Vorsitz wählte er einstimmig wieder gewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Braunschweig statt.

Wegen Vorwürfen sind die Himmer in Köln in Ausland getreten.

Berufsschultheiten. In Dresden herrscht zur Zeit unter den Polizeiern, hauptsächlich unter den Beamten, eine eigenartige Krankheit, die in einem hässlichen Hautausschlag in Erscheinung tritt. Die Aerzte, die die Krankheit Fischer- oder Polizeipolizei nennen, scheinen der Krankheit gleichermaßen rathlos gegenüberzustehen. Viele Arbeiter müssen feiern ohne Aussicht auf Heilung; man röhrt ihnen die Ergriffenheit eines anderen Berufes an. Als ob das so leicht wäre. Von den Arbeitern selbst wird die Krankheit auf gesundh ittschädliches Arbeitsmaterial — Spiritus und blaues Mineralöl — zurückgeführt. Man vermutet sogenannte Terpentinvergiftung, da der Spiritus mit Terpentin verdunstet wird.

Die Laudesversammlung der Sozialdemokraten Wittenberg fand am 1. Ostermontag in Stuttgart statt. Nach Erstellung des Parteiberichtes und einem Referat des Reichstagsabgeordneten Bloß über die Reichspolitik nahm die Versammlung eine energische Resolution gegen die reaktionäre Politik im Reiche sowie gegen die Vertreibung der Reforen in Wittenberg an.

Zum Fall Schenderlein. Die Parteileitung der Sozialdemokratie im Fürstentum Neuß. L. erlässt in der "Neußischen Tideline" folgende Erklärung:

Der frühere Expedient der Neußischen Volkszeitung, Herrmann Schenderlein, von der sozialdemokratischen Partei im Fürstentum am 6. Januar ausgeschlossen, hat in seinem Vertrag eine Drohung, bestellt: "Entlassungen über die finsternen Mächte der sozialdemokratischen Partei im Fürstentum Neuß. L.", herausgegeben, in welcher er seine, in der Tagesversammlung am 6. Januar ausgesprochenen Unwahrheiten und schamlosen Beleidigungen gegen Vertrauenspersonen der reichen Sozialdemokratie wiederholt.

Schenderlein fühlt sich aus seinem Posten hinausgebrängt.

Wir erklären hiermit, daß die Amtierung eines Postalredakteurs eine unabwendbare Notwendigkeit geworden war, und daß Schenderlein diesen Posten nicht bekleiden konnte, weil ihm vor Jahren wegen grober Untrechtlager im hiesigen Schleiferchen Geschäft eine Gefängnisstrafe von vier Jahren zugetragen worden war. Zweitens wäre er aber auch geistig nicht dazu qualifiziert gewesen, was jeder verständige Beurtheiler aus seiner Drohung selbst herausfinden kann.

Was die Bekleidungen unserer Vertrauenspersonen betrifft, so dürfen wir wohl jedem, der dieselben näher kennt, das Urtheil selbst überlassen.

Im Antrag: Heinrich Jahn, Vertrauensmann.

Selbstverständlich geht die bürgerliche Presse mit dem Schenderleinschen Machwerk krebsen. Sie scheint gar nicht zu ahnen, welches geistige Altruismuszeugnis sie sich selbst damit ausspielt.

Genosse Agster, der sich nach seiner Entlassung aus der Heilanstalt kurze Zeit bei seinen Verwandten in Tuttlingen aufhielt, hat jetzt wieder, wie die "Berliner Volkszeitung" erfahren haben will, krahnhafe Anfälle gehabt. Auf Antrag der Verwandten soll er in einer Anstalt untergebracht werden sein. Hoffentlich bestätigt sich diese Nachricht nicht.

Ein Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie findet an Pfingsten d. J. in Brünn statt. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1) Berichte. 2) Politische Lage und Taktik. 3) Organisation der Gesamtpartei. 4) Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit.

wird bis zur letzten Stunde unverhohlen bleiben im Gefühl dessen, was Du Recht und Ehre nennst."

"So ist es," sprach er.

"Dann folge der Ehre, die Dich treibt, aber gehe nicht nach Sylt in die Dunkelheit eines armeligen Lebens. — Du bist nicht dafür geschaffen; das Unglück wird sich an Deine Fersen heften, wenn Du vergessen kannst, wer Du bist. Der Mann, den ich liebte, den ich für den Edelsten und Ersten achtete, kann nicht in einem Winkel verbümmern."

"Ha!" rief Lornsen heftig, indem er aufstand, "auch jetzt noch ist dieser Rest von Theilnahme also nichts als Trug, nichts als Eitelkeit, nichts als Hochmuth. — Weil sie lachen werden über den Bauernwogt von Sylt, den das stolze Fräulein einst geliebt hat, darum soll er ihm Ehre machen, um ihr frevelhaftes Spiel zu rechtfertigen. Ohne Sorge, mein gnädiges Fräulein, Sie sollen gerechtfertigt werden. Was von meinem Leben übrig ist, wird Ihnen keine Schande bringen. Mein Name wird dem Rechte und der Ehre voranleuchten; er wird, wenn sie die Zeitungen lesen, Ihnen Freude machen, und in der Stille einsamer Stunden, auf Hofbällen, oder in den Armen Ihres zärtlichen Gemahls, werden Sie ohne Scham an die Verirrung ihrer Jugend denken können."

Er ging über den Platz fort, mit langsamem, stolzen Schritten, kein Wort rief ihn zurück, kein Laut wurde gehört. Nach einer langen Zeit kam ein Mann mit einem Doppelleuchter, dessen Lichte Glaskugeln schützen, vom Hause her. "Lina, wo sind Sie denn?" fragte er laut, die Leuchte erhebend.

"Hier, lieber Branden," erwiderte das Fräulein.

"Thereste Lina, wie können Sie hier in der Nacht sich einsam langweilen und mich vergebens suchen lassen?"

"Zum letztenmale, Branden," erwiderte sie. "Sie haben recht, es ist undankbar, ich bin dafür gestraft worden. Von jetzt an sollen Sie mit mir zufrieden sein."

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(40. Fortsetzung.)

"Und was," rief er mit lauter, schmerzlicher Stimme, seine abgebrochenen Betrachtungen aufnehmend, "was habe ich für Mittel, mein verschossenes Vertrauen zu rächen? — Nichts als ein verküdetes Herz und den Stolz der Verachtung."

In diesem Augenblicke hörte er ein Knäuschen unter dem dunkeln Kreis des Baumes. Der Schatten einer Gestalt bewegte sich auf der Bank an dem alten Stamm und Lina's klare Stimme durchschnitt den überraschten Mann.

"Du bist es Lornsen," sagte sie. "Ich musste es wohl, Du müßtest kommen, um Abschied zu nehmen von diesem Orte, der Dir so heilig ist wie mir."

Sie trat mit leisen Schritten bis an den Stand des Weges, wo Lornsen stand und reichte ihm die Hand. Der Abendstern trat funkeln unter Wolken hervor und warf einen bläulichen Schimmer über ihr Gesicht. Lornsen erkannte, daß sie Kleidungsstücke trug. Ein weißer Schleier verhüllte ihren Kopf, er glaubte in die großen dunklen Augen zu sehen, die ihn stolz und lächeln betrachteten.

"Sege Dich einen Augenblick zu mir auf diese Bank," sagte Lina. "Hier haben wir gesessen in den schönsten und reinsten Hoffnungen unseres Glücks, hier mag die letzte Minute vergehen. — Du erinnerst Dich," fuhr sie mit einem leisen Bittern ihrer Stimme fort, "dass mein Vater uns Unglück prophezeite, als er uns vor dem Bunde der Nornen warnte. Alles ist eingetroffen."

"Über nicht dieser fühllose Bann, sondern wir alle tragen die Schuld," erwiderte er.

"Wir, Lornsen!" sagte Lina. "Es ist mild von Dir, wir zu sagen."

in Österreich. 5) Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms. 6) Arbeiterschutz. 7) Konsumvereine. 8) Frauenbewegung.

Willkommen! Genosse Gräf, eines der Opfer des Essener Meineidprozesses, lehrte am zweiten Osteritag in die reichsdeutsche "Freiheit" Juris. Dreieinhalb Jahre mußte er hinter den Mauern des Buchhauses verbringen. Dreieinhalb Jahre der schwersten entehrenden Strafe, weil er die Wahrheit gesagt, als es galt, die Brutalität eines Gendarmen vor Gericht festzustellen. Aus Herne, Bochum, Essen, von Werben und Umgegend, waren die Genossen herbeigeeilt, um Gräf bei seinem Eintritt in die "Deutsche Freiheit" begrüßen zu können. Ging der Empfang bei Schröders und Huberts Entlassung ohne nennenswerte Grüungen fettens der Polizeibehörde von Statten, so sollte diesmal das Besänftigen eingeholt werden. Raum waren die Genossen von Herne und Essen in Werden angelommen, als auch schon Polizeibeamte die dem Gräf gewidmeten Kränze aus den Wagen herausholten und konfiszierten, ja, aus den Herren Wagen eine Kiste wegnahmen, obwohl sie gar nicht wissen konnten, daß dieselbe einen Kreuz vergegen. Die öffentliche Muße Werdens sollte nicht gestört, eine Demonstration verhindert werden. Aber was die Polizei verhindern wollte, trat ein. Ihr rigoros Worgehen erregte selbstverständlich allgemeine Entrüstung. Wie ein Gauner ging es durch Werden; im Mit waren die Straßen voll Menschen. Bald wurden dann auch Soldaten mit aufgespannten Pionetten aus dem Buchhouse geschickt, um die Menge in Schach zu halten. Misslicher Weise kam kurz darauf auch Gräf zum Vorschein, fort ging es unter Eskorte von berittenen Gendarmen und radfahrenden Polizisten über die Werder Brücke nach Essen. Alle Hemmungen, die Kränze wieder zu erhalten und ihrer Bestimmung gemäß zu verwenden, waren vergebens. Gräf ist leidend ausschein zu uns gekommen, hoffentlich ungebrochen, und tritt aufs Steine als Kämpfer in die Reihen der Sozialdemokratie. Er sei uns herzlich willkommen!

Der schwedische Arbeitertag, der in Lübeck stattfand und von 318 Delegierten besucht war, erklärte sich unter Zustimmung der katholischen Arbeitervereine für Schaffung eines parteipolitisch und religiös völlig neutralen, alle Berufsorganisationen der Schweiz umfassenden Gewerkschaftsbundes und nahm die Thesen über Arbeitslosenversicherung an. Ferner beschloß man eine Eingabe an den Bundesrat gegen die vom Bauernbund zur Finanzierung der Kranken- und Unfallversicherung befürwortete Biersteuer.

Auf Böhmen und Herz.

Alte Chronik. Von den ungetrennen Bahnhofschauspielen der Berliner Stadt- und Ringbahn stand am Mittwoch die zweite Abteilung vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts. Die Anklage richtete sich gegen 15 Personen, nämlich 7 Bahnhofschauspieler, 5 Fahrtartenverkäufer und die Chefschauspieler von 3 Bahnhofschauspielen. Der Gerichtshof verhängte Strafen von 1 Jahr bis zu 1 Monat Gefängnis. Die Untersuchung wurde in Höhe von 3 Monaten angerechnet. — Von den Werbern des Justizreichs bewußt der eine, Groß, selte bis 1912 dauernde Strafhaft schwierig überleben. Er beschreibt sich seit einiger Zeit im Lazarett des Gefängnisses zu Böhmen, da er Körperlich sehr herabgekommen ist. Dabei leidet er auch an Magenbeschwerden, die mit der Wölbhaut in Zusammenhang stehen. Ost schreibt er zusammen und sieht dann stark nach einer und derselben Richtung. Befragt, was ihm sei, erwiderte er, ihm scheine, als wenn da der Justizrat Lewy stehe. Sein Komplize Werner befindet sich dagegen wohl. — Zum Feuer hinangestellt hat sich am Mittwoch Nachmittag in Brandenburg a. W. der Amtsgerichtsrat Meiss aus seinem im ersten Stock des Amtsgerichts belegenen Dienstzimmer. Er blieb auf der Straße mit zerschmettertem Schädel liegen. Die That scheint in einem Wahnsinnsfall begangen zu sein, da er in letzter Zeit sehr nervös war und kein anderer Grund vorhanden ist. — Und Kamenz in Sachsen wird berichtet: In Rendsdorf brannten in der Nacht vom Sonnabend zum ersten Osterfesttag sieben Befürchtungen niederr. Veranlaßt zu diesem Brande waren die Dorfwärte, die eine Frau ihrem spät und betrübt heimkehrenden Mann

machte. Im Horn darüber ergriß legerer die brennende Petroleumlampe, um sie nach seiner Hütte zu werfen. Die Lampe sprang, und bald stand das Haus in Flammen, die zu der folgenden Nacht das ganze Dorfchen vernichteten. — **Große Sache.** gegenwart befindet ein Dörfelbörger Elektrotechniker, der mit einer Revision des Slipableiters an der Pfarrkirche in Dörfel beschäftigt war. Er hatte schon die oberste Spule des Thurmes erklommen, als er fielte. Während des Falls gelang es ihm noch, an dem Leitungsdraht sich festzuhalten und vor dem Sturz in die Tiefe sich zu retten. — In der Chorfesttagsnacht wurde in Mühlacker l. W. ein junger auvergneblicher Habsburger mit einem unbekannten Mannen nach kurzem Wortwechsel mit einem Knüppel erschlagen. Der Mörder entfloß. Die sofort angestellten Recherchen blieben bisher erfolglos. — In Nördlingen fand ein Pistolenbrand zwischen Leutnant Dringen und Regiment Nr. 88 und Oberfeldwebel Käbel statt. Letzterer wurde schwer verletzt. — Im Leichenhaus des Kommunalfriedhofes in Salzburg wurde am Ostermontag ein 18 jähriges Mädchen vergewaltigt; dann wurde ihm der Hals durchschlitten. Der Täter ist unbekannt. — Ein österreichischer Postbeamter, ein Meister fand in Lemberg zwischen Generalpostbeamter A. und dem Ingenieur W. statt. Letzterer wurde durch einen Schießblitz über den Kopf verwundet. — Eine kleine Familie, in Budapest sprach am Dienstag der Gerichtshof die Schuldung der Ehe eines Sohnes des großen Sachenwalders und der Russin Helene Korostonjoff-Jasawlowna aus, und zwar wegen Verschuldene selber Scholle. Der aus der Ehe stammende Sohn wurde dem Bruder angeprochen. Der Gerichtshof bestätigte die Grausamkeit eines unwillkürlichen und der Mensch ein solches Benehmen zur Schau getragen, das das häusliche Geschäftsgesetz welt überstrahlt. — In Tolmin (Istrien) kam es zu peinlichen Szenen in der Kirche. Da in der Majestätsfeindschaft deutscher Bewohner verhinderte ein ungarnsche Predigt und zwang den Christen, die Kirche zu verlassen. Die Missionäre wird vor Gericht ein Nachspiel erhalten. — Bezeuglich der Katastrophen der "Stella" wird eine eingehende amtliche Untersuchung eingelegt werden. Die Zahl der Toten ist jetzt amtlich auf 78 geschätzt worden; gerettet wurden 100 Personen. Die beiden herunterkletterten, die in den Booten während 18 Stunden amherstreiften, waren entsetzlich. Mehrere Passagiere starben in den Booten vor Erholung. Die Leichen ruhten vor den Augen der Angehörigen über Bord geworfen werden, da die Insassen das Umlaufende über Todten in dem mit Wasser gefüllten Boot nicht unterscheiden konnten. — Der Phonograph bei Dalai-Lama. Ein buddhistischer Kaufmann aus Uttra, der längst in China war, hat dem oberen Priester der Buddhisten einen Phonographen als Geschenk mitgebracht. Der Dalai-Lama und seine Priester waren stark vor Entsezen, als der Phonograph ihnen ein ganzes Kapitel aus irgend einem heiligen Buche vorlesse. Der Dalai-Lama sprach dann selbst das buddhistische Gebet: "Gott in der Munde" in den Apparat, der dasselbe nun täglich etwa hundert Male vor den ungern herbeiströmenden Pilgern wiederholte. — Beim Verlassen des Hauses von Eurela in Kalifornien ist der Dampfer "Chilkat" untergegangen. Von den an Bord befindlichen 14 Mann Besatzung und 5 Passagieren sind 11 ertrunken.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Vor der Strafkammer des Landgerichts Cöln vor i. G. hatte sich der nun zu hundertjährige Schlosserfeste A. F. Schlauchler, bisher unbescholt und nicht vorbestraft, wegen Beleidigung des Kaisers zu verantworten. Am 3. März fand in Marlich das Plakettengeschäft statt, bei dem auch der Angestellte erscheinen mußte. Er hatte vorher mit seinen Kameraden in einer Reihe von Werkstätten herumgeknüpft, wie es bei diesem Anlaß üblich ist, und betrat nun in stark angebrummem Zustand den Saal, wo der Aufruf der Gestaltungspflichtigen stattfand. Dort benahm er sich ungehobelt, pfiffig und sonst, und als man ihn zur Ruhe verweist, sich er eine unflätige, den Kaiser betreffende Neuerung fallen. Vor Gericht entschuldigte er sich mit seinem Zustand der Verirrtheit und beteuerte, von der ihm zur Last gelegten That nicht das Geringste zu wissen. Das Urteil erkannte ihn trotzdem der Majestätsbeleidigung für schuldig und setzte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten fest. — Wegen Majestätsbeleidigung erhielt der in Haft befindliche Arbeiter Hermann Steding von der Strafkammer in Hannover zwei Monate Gefängnis zu zahlen. — In Tilsit wurde der Grandbesitzer Heinrich Buzkies aus Schillkoten von der Strafkammer des Landgerichts zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde noch der "Wolfszg." vor der Strafkammer

zu Wollstein gegen den Ziegelmeistersohn Rudolf Böriel aus Augustow verhandelt. Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil er die beleidigenden Worte gegen den Kaiser in frustrem Zustande ausgestoßen hatte und daher nicht zurechnungsfähig war.

Ein kurioses Gespräch fand unlängst auf einer Station bei Niendorf a. d. Werder zwischen einem Bauer und dem Schalterbeamten statt. Bauer: "Herr, 'n Bullet!" — Beamter: "Wohin?" — Bauer: "Dat sind mine Saken!" — Beamter: "Nun, Sie müssen mir doch sagen, wohin Sie fahren wollen!" — "Ja, dat wör schön, jeden of de Näs binneu, wo et hinföhren woll! Wullt Du mi kein Bullet gewen?" — Beamter: "Nein, erst sagen Sie mir gefälligst wohin, sonst kann ich Ihnen kein Bullet geben." — Bauer: "Dommert job, dann behol' Dir Bullet, dann geh' et so faute (zu Fuß). Sprad's und tot abends 10 Uhr den Weg nach seinem Heimatdorfchen an, in welchem er am andern Morgen 5 Uhr ankam. — Wenn vielleicht auch nicht wahr, so doch gut erfunden!

Ein Wirth in Dortmund, in dessen Lokal eine öffentliche Zimmerversammlung lagen sollte, erhielt von der Polizei ein Schreiben, daß, wenn er die Versammlung dulde, zwei Stunden vor und ebenso zwei Stunden nach der Versammlung die Gaunsperrre über sein Lokal verhängt würde. Diese polizeiliche Maßnahme hatte zur Folge, daß der Wirth sich beeinflussen ließ und somit die Versammlung nicht stattfinden konnte.

Bei der Haussuchung, die in den Metallräumen des Pariser "Figaro" aus Anlaß von dessen Veröffentlichungen aus beim Dreyfus-Prozeß stattfand, erregte sich ein interessantes Intermezzo. Der Polizeikommissar fand, wie die "Voss. Ztg." erzählt, die Untersuchungsschiffen, nach denen er suchte, nicht, aber er hatte seine Zeit dennoch nicht verloren und feinen, vergnüglichen Gang gethan. Er kam nämlich gerade dazu, daß eine spanische Tänzerin, die nächstens in den Folktanzvergnügen über auf einer anderen Spezialitätenbühne auftraten wird, den Kleiderkuren des "Figaro" ein florales Praktissimum tanzte. Der Dame, der zu leben weiß, nahm dankbar die Einladung an, dem prächtigen Schauspiel zuzusehen, er klatschte der feurigen Spanierin lebhafte Beifall, trank vergnügt bei ihr gezeigten Getränken und entsezt sich mit allseitigen Händedrücken. Es war ein Zwischenspiel im besten Figaro-Stil.

Von der belgischen Südpol-Expedition. Nachdem man seit 8. Februar 1898 ohne jede Nachricht von der Südpol-Expedition des Lieutenant Adrien de Gerlach genehmen, das Dienstag Abend bei dem in Brüssel wohnenden Vater des jungen Forschers eine Depesche aus Montevideo ein, die telöglich lautete: "Belgica Adrien." Während der Nacht kamen weitere Depeschen an, woraus man erfahren, daß der Lieutenant Dancq, welchem die magnetischen Beobachtungen der Expedition oblagen, im Südmeeor gestorben ist. Ob dieser Todfall oder Mangels an Lebensmitteln oder eine Beschädigung der "Belgica" durch Eis die Ursache der beschleunigten Rückkehr über Südamerika ist, steht bisher nicht fest. Ursprünglich war die Rückkehr über Australien geplant. Die "Civile" veröffentlicht eine Depesche aus New-York, wohin bereits aus Montevideo, wo die "Belgica" anscheinend vor Ankunft liegt, ausführlichere Nachrichten gelangt sind. Die "Belgica" hat im Südmeeor überwintert; ihre wissenschaftlichen Erfolge scheinen sehr bedeutend. Eine große Anzahl neuer Landgebiete seien entdeckt im Wedellschen Meere, ferner Steerescheile unmittelbar vor dem Südpol durchforscht. Man sei auf sehr thätige Wale gestoßen. Seine Absicht, zum nächsten Winter ins Südmeeor zurückzukehren, hat Gerlach aufgegeben.

Ihre Glückwünsche in Empfang. "Komm doch her, Hanna", rief der alte Petersen, "Du wirst Jens Lornsen kaum wieder kennen. Der Pfarrer hat recht, Ihr seid in Kopenhagen alt geworden vor der Zeit, Jens. Ist aber Mode so bei den Dänen; bläß und hungrig sehen sie alle aus."

Die junge Frau näherte sich auf den Ruf ihres Vaters. Ihr lächelndes, blühendes Gesicht drückte so viele Theilnahme aus, als dießen straffen und gesunden Bildern möglich war. Ihre blauen, großen Augen ruhten auf Lornsen, der nicht ohne innere Bewegung sie betrachtete.

"Willkommen im Lande, lieber Jens", sprach sie mit ihrer klaren Stimme, "sei herzlich willkommen bei deinen Freunden."

"Und das sind deine Kinder, Hanna?"
"Meine beiden Kinder", erwiderte sie. "Der Bube heißt nach dir, Jens, das kleine Mädchen haben wir Lina genannt."

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Die Sozialpolitischen Monatshefte (Berlin, W., Gleitzeitungs 23) haben soeben das dritte Buch ihres 6. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Jean Baptiste Séverac: Zum Gedächtnis der Pariser Kommune. — Alexius Nedow: Plechanow versus Ding an sich. — Bertrand David: Die Konsumgenossenschaft und die sozialistische Theorie. — U. von Elm: Die Hamburger Genossenschaft. — Dr. Franz Oppenheim: Die soziale Bedeutung der Genossenschaften. — H. von Kol: Neben Grubenbesitz und Grundrecht. — E. Belfort Bay: Ein Beitrag der Sozialpolitik. — Wandschuk: Bücher. — Revue. — Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 Mk. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten, sowie direkt durch den Verlag.

Gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Einige Wochen später fuhr der neue Vogt von Sylt am Abend eines schönen Tages vom Lande herüber nach der Insel. Er war ganz unbemerkt gekommen und brachte, ehe es jemand wußte, seine Ernennung selbst mit. Als er in der kleinen Bucht an's Land sprang, überkam ihm das Gefühl der tief menschlichen Freude und Rührung, welche die lang entbehrt Heimat in allen Herzen aufweckt. "Da bin ich wieder!" rief er aus, "und wie ein Vogel, der nach dem alten Nest sucht, suche ich nach Erinnerungen aus alten guten Tagen." Er blickte nach jedem Baume, den er kannte, nach jedem Gegenstand in der Ferne und Nähe, der ihn willkommen zu heißen schien. Sehnsucht beflogte die Schritte, mit welchen er dem Hause seines Vaters zueilte. Da lag es vor ihm zwischen den Linden. Da ragte der rothe Giebel über dem breiten Dache hervor und die Abendsonne glühte auf dem friedlichen Kreuzbau der stattlichen Wart.

Leicht sprang er über den Graben und ging an dem Hügel hinauf, den er so oft als Knabe schon aufgemalem verbotenen Pfade ersteigert hatte. Durch eine Hecke schlichte er in den Graben und dicht vor ihm lag nun die breitblättrige Laube, aus der soeben seine Mutter trat. Ein einziger Freudentruf drang durch die Luft, dann lag er an dem müterlichen Herzen. "Mein Jens! mein Jens!" rief die arme Frau, und ihre Thränen tropften auf seine Stirn. Sie nahm die Hand, strich sein Haar zurück und betrachtete ihn mit banger Aufmerksamkeit und siegender Gewißheit des Glücks. "Ja, du bist es", rief sie, "so! kommt doch alle, hier ist Jens! Er ist wieder da."